

Pressemitteilung vom 29. Mai 2024

## APPELL INTERNATIONAL FÜHRENDER ÖKONOMEN FÜR EINE AGENDA GEGEN POPULISMUS

Mehr als 50 renommierte Wissenschaftler rufen in einem gemeinsamen Appell zu einer neuen, ursachenorientierten Wirtschaftspolitik auf. Regierungen sollten mit aktiver Industriepolitik, Abbau von Ungleichheit und einer besser gemanagten Globalisierung dem Vertrauensverlust in die liberalen Demokratien begegnen.

**Berlin/Nauen, 29.Mai 2024** Angesichts der Welle an Misstrauen gegenüber den liberalen Demokratien haben weltweit führende Wissenschaftler in Berlin zu einer neuen Politik aufgerufen: „Um größere Schäden für die Menschheit und den Planeten abzuwenden, müssen wir dringend die Ursachen des Unmuts der Menschen angehen“, heißt es in dem Aufruf, den das Forum New Economy anlässlich des Berlin Summits „Winning back the People“ veröffentlicht.

Wie es in dem gemeinsamen Aufruf heißt, sollten die Regierungen dringend dafür sorgen, dem gefühlten oder tatsächlichen Kontrollverlust zu begegnen. Dazu empfehlen die Experten unter anderem, in Krisen früher dafür zu sorgen, dass neue Unternehmen angezogen und Arbeitsplätze gesichert, die Ungleichheit von Vermögen und Einkommen abgebaut und eine bessere Globalisierung gestaltet werden.

Zu den Unterstützern gehören renommierte Experten wie Harvard-Professor Dani Rodrik, Mariana Mazzucato vom Londoner University College, Columbia-Ökonom Adam Tooze, der New Yorker Ungleichheitsexperte Branko Milanovic, Thomas Piketty, der frühere IWF-Chefökonom Olivier Blanchard, Jens Südekum von der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität, Isabella Weber von der University Amherst in Massachusetts und Nachhaltigkeitsexpertin Maja Göpel.

Fast überall drohen Populisten im globalen Superwahljahr 2024 einen neuen Aufschwung zu erleben. Was so viele Bürger so unzufrieden macht, was helfen kann, sie zurückzugewinnen und ihr Vertrauen in die Demokratie wiederherzustellen, darüber diskutieren seit Montag rund 80 Experten am dreitägigen Summit des Forum New Economy in und bei Berlin.

„Das verbreitete Gefühl der Machtlosigkeit wurde durch Schocks ausgelöst, die aus der Globalisierung und dem technologischen Wandel resultieren und nun durch den Klimawandel, KI und den Inflationsschock noch verstärkt werden“, heißt es in dem Aufruf. „Jahrzehntelang schlecht gemanagte Globalisierung, übermäßiges Vertrauen in die Selbstregulierung der Märkte und Austerität haben die Fähigkeit der Regierungen ausgehöhlt, wirksam auf solche Krisen zu reagieren.“

Nun bedürfe es einen neuen politischen Konsens, der sich mit den Ursachen des Misstrauens der Menschen befasst – statt sich nur auf die Symptome zu konzentrieren oder in die Falle der Populisten zu tappen, die vorgeben, einfache Antworten zu haben.

Da die Gefahr von bewaffneten Konflikten auf der ganzen Welt gestiegen sei, müssten liberale Demokratien wieder ihre Fähigkeit unter Beweis stellen, sowohl ihre Werte zu verteidigen als auch direkte Feindseligkeiten zu entschärfen, heißt es in dem Aufruf.

Jeder Versuch, die Bürger und ihre Regierungen dauerhaft wieder in die Verantwortung zu nehmen, hat demnach das Potenzial, nicht nur das Wohlergehen vieler Menschen zu fördern. Er werde auch dazu beitragen, das Vertrauen in die Fähigkeit unserer Gesellschaften, Krisen zu lösen und eine bessere Zukunft zu sichern, wieder zu stärken. „Wir brauchen eine Agenda für die Menschen, um die Menschen zurückzugewinnen.“

Dani Rodrik, Branko Milanovic, Mariana Mazzucato, Adam Tooze, Laura Tyson, Thomas Piketty, Gabriel Zucman, Jens Südekum, Isabella Weber, Olivier Blanchard, Mark Blyth, Catherine Fieschi, Xavier Ragot, Jean Pisani-Ferry, Barry Eichengreen, Laurence Tubiana, Pascal Lamy, Maja Göpel und Stormy-Annika Mildner.

\*

Für Rückfragen:

**Thomas Fricke**

Director

Forum New Economy

[thomas.fricke@newforum.org](mailto:thomas.fricke@newforum.org)